

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	99 (2005)
Heft:	2
Artikel:	NW-Gespräch von Willy Spieler mit Carlo Knöpfel : die Leute werden für den Sozialabbau weichgeklopft
Autor:	Spieler, Willy / Knöpfel, Carlo
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-144496

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Leute werden für den Sozialabbau weichgeklopft

Carlo Knöpfel ist seit 1996 Leiter der Stabsstelle (heute des Bereichs) Grundlagen bei Caritas Schweiz. Im jährlich erscheinenden «Sozialalmanach», dem «Caritas-Jahrbuch zur sozialen Lage der Schweiz», veröffentlicht der studierte Ökonom jeweils seinen «Bericht über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Schweiz». Im eben erschienenen «Sozialalmanach 2005» verweist dieser Bericht auf gravierende soziale Ungleichheiten, die selbst im Sozialstaat Schweiz mangels Umverteilung immer grösser werden.

Carlo Knöpfel zeigt auch, dass die Panikmache um die Zukunft der AHV unbegründet ist und wohl nur den Zweck hat, von diesen sozialen Ungleichheiten abzulenken. Das folgende Gespräch geht dem schleichenden Sozialabbau in Bund und Kantonen auf den Grund, fragt nach der Finanzierbarkeit des Sozialstaates Schweiz, nach seinen Lücken auch, vor allem für working poor und armutsbetroffene Familien. Zur Sprache kommen sodann die Caritas als Think-Tank, die Bündelung sozialpolitischer Kompetenzzentren und das fehlende Empowerment für die sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft. Der Redaktor hat Carlo Knöpfel am 5. Januar in seinem Büro bei Caritas Schweiz getroffen.

Red.

Der Sozialabbau wird unterschätzt – auch von der SP

Willy Spieler: Ende 2004 hat Caritas Schweiz ihren siebten «Sozialalmanach» herausgegeben. Das Echo in den Medien war gross. Die *nzz* tut erstaunt und titelt: «Die Caritas spricht von Sozialabbau» (30.12.04). Wo ortet Caritas Schweiz diesen Sozialabbau?

Carlo Knöpfel: Unter «Sozialabbau» im weiteren Sinne versteh ich die Abnahme von *sozialer Sicherheit* in der Schweiz. Dabei geht es um drei Dimensionen: Der *Arbeitsmarkt* bietet nicht mehr allen die Chance der Erwerbstätigkeit, die doch das eigentliche Fundament der sozialen Sicherheit wäre. Damit gekoppelt ist die Begrenzung des *Sozialstaates*. Hinzu kommt als dritte Dimension, was im Bereich der *Steuerpolitik* passiert. Wenn dem Staat systematisch die finanziellen Mittel entzogen werden, dann kann er auch nicht mehr in der Bildungspolitik, im Wohnungsbau usw. sozial tätig sein.

Sozialabbau im engeren Sinne bezieht sich auf die *Einschränkung der sozialstaatlichen Angebote*. Dabei geht es nicht nur um die Leistungshöhe, um die Frage zum Beispiel, ob die AHV-Rente oder das Arbeitslosentaggeld gekürzt wird. Dagegen ist auch der Widerstand am stärksten, sodass diese Tabu-Grenze noch nicht überschritten wurde. Aber es gibt noch andere Formen des Sozialabbaus, etwa wenn diese Leistungen nicht der Teuerung oder der Wirtschaftsentwicklung angepasst werden. Ich erinnere an die Auseinandersetzung über den *Mischindex* bei der AHV. Sozialabbau findet auch statt, wenn die *Bezugsdauer* bei der Arbeitslosenversicherung von 520 auf 400 Tage gekürzt wird. Ferner kann der *Bezugskreis* der Versicherungsberechtigten enger gezogen werden. So gibt es bei der Sozialhilfe Sonderregelungen für die jungen Erwachsenen, und dies in völligem Widerspruch zum Gleichbehandlungsgrundsatz. Verschärft wurden bei der Sozialhilfe auch die Sanktionen. Im Fall der Invalidenversicherung werden

die *Eintrittsbarrieren* erhöht, indem die regionalen ärztlichen Dienste die Anspruchsberechtigung genauer kontrollieren. Auf dieser ganzen Klaviatur wird heute gespielt, so dass man das Ausmass des Sozialabbaus in der Schweiz eher unterschätzt.

WS: Das ist ja auch das Verdienst der Caritas Schweiz, dass sie in ihrem jährlich erscheinenden Sozialalmanach diese Themen aufgreift, die selbst im Diskurs der politischen Linken nicht mit derselben Genauigkeit analysiert werden.

CK: Es fehlt heute in der Tat an analyti-

tes stattfindet, wird jedoch kaum thematisiert. Eine Partei wie die SPS hätte die Chance, das Ganze im Gespräch mit den Kantonalparteien integraler anzuschauen; zumal das Sozialdossier in einigen Kantonsregierungen in sozialdemokratischer Hand liegt.

Es gibt eine Verarmungstendenz in der Schweiz

WS: Stimmt es, dass die Kluft zwischen den obersten und den untersten zehn Prozent immer tiefer wird? Wenn ja, heisst das, dass die Armen in der Schweiz immer ärmer und/oder immer zahlreicher werden?



«Wir sollten die Rolle des sozialen Gewissens stärker spielen» (Carlo Knöpfel beim NW-Gespräch).

schem Sachverstand in diesen Fragen. Darum wird die Frage des Sozialabbaus zu sehr mit dem Sozialversicherungssystem auf nationaler Ebene verknüpft. Gerade für Armutsbetroffene sind *kantonale Sozialtransfers* wie Stipendien, Alimentenbevorschussung, Verbilligung der Krankenkassenprämien, die Bemessung der Sozialhilfe usw. mindestens so wichtig. Dass der Sozialabbau über die ganze *föderale Struktur* des Sozialstaat-

CK: Die Kluft wird dadurch grösser, dass die Armen arm bleiben und die Reichen immer reicher werden. Dank der Sozialhilfe und anderen sozialpolitischen Massnahmen hat sich die Einkommenssituation der Armen bis heute nicht massiv verschlechtert. Die tiefsten Löhne sind sogar relativ gesehen stärker angestiegen als die Löhne der Mittelschicht. Das Beunruhigende ist in der Tat, dass die *untere Mittelschicht* an Position ver-

liert. Die berufliche Mobilität ist nirgends so hoch wie in der unteren Mittelschicht. Hier wächst denn auch die Zahl derjenigen, die durch einen Berufswechsel Lohn-einbussen in Kauf nehmen müssen. Das führt seit Mitte der 90er Jahre zu einer Verarmungstendenz in der Schweiz.

WS: *Also werden die Reichen reicher und die Armen zahlreicher.*

CK: Ja, das kann man so sagen.

WS: *Dürfte es in einem funktionierenden Sozialstaat überhaupt noch eine Armutssquote geben? Du bezifferst sie in Deinem Beitrag zum Sozialalmanach 2005 selbst nach den Transferleistungen noch auf gut 4 Prozent.*

CK: Theoretisch müsste die Armutssquote natürlich auf Null sinken. In den Kantonen besteht ja als letztes Auffangnetz ein Recht auf Sozialhilfe. Warum ist diese *Nichtbezugsquote* so hoch? Die Antwort enthält drei Aspekte. Zunächst gibt es *strukturelle Barrieren* wie Vermögensverzehr, Verwandtenunterstützung, Rückzahlungspflicht. Die Leute wissen um diese Auflagen und zögern dann, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Ältere Menschen haben vielleicht für ein Häuschen gespart und fürchten nun, sie müssten es wieder veräussern. Jüngere Menschen wiederum wollen nicht, dass die Eltern zur Kasse gebeten werden. Das sind Hemmungen, die dem System innerwohnen. Dann gibt es *administrative Barrieren*, wenn die Leute von Pontius zu Pilatus gehen und immer wieder die eigene Lebens- und Einkommenssituation offen legen müssen. Die Verwaltungen informieren oft schlecht über die Zuständigkeiten und die nötigen Formalitäten. Der dritte Aspekt bezieht sich auf *psychologische Barrieren* wie insbesondere die Angst vor Stigmatisierung in ländlichen Gebieten. Man möchte nicht «armengenössig» werden. Wenn die Leute dann zu lange warten, wird es für eine Gemeinde unglaublich viel teurer, die angestauten Problemlagen zu lösen.

Die Umverteilung findet nicht statt

WS: *Findet im Sozialstaat Schweiz aufs Ganze gesehen überhaupt eine Umverteilung statt?*

CK: Eine Studie des Büros für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitische Studien (BASS) in Bern erbringt den Nachweis, dass im Sozialstaat Schweiz keine Umverteilung stattfindet. Unser Sozialstaat ist also überhaupt nicht diese Umverteilungsmaschine, wie von der politischen Rechten immer wieder behauptet wird. Der Nettoeffekt über alle sozialen Einrichtungen ist praktisch Null. Das ist nur möglich, weil es *gegenläufige Effekte* gibt. In einer Sozialversicherung wie der AHV findet eine Umverteilung von Reich zu Arm statt. Aber diese wird konterkariert durch die Umverteilung von Arm zu Reich bei der zweiten und bei der dritten Säule.

WS: *Wohl auch durch die unterschiedliche Lebenserwartung von Arm und Reich.*

CK: Ja, die *Bezugsdauer* ist auch abhängig von der *sozialen Schicht*, sodass Ärmere vergleichsweise mehr einbezahlen, als sie im Rentenalter beziehen können. Das gilt auch für die zweite Säule, was bei der Diskussion über die Flexibilisierung des Rentenalters oft übersehen wird. Auch der Umwandlungssatz, die Frage also, wieviel Prozent meines ange-sparten Vermögens mir jährlich als zweite Säule ausbezahlt wird, orientiert sich an einer durchschnittlichen Lebenserwartung. Wer früher stirbt, hat zuviel gespart. Vom Risikotopf profitiert, wer länger lebt.

WS: *Es gibt auch eine Umverteilung durch Steuersenkungen, verbunden mit einer Politik der leeren Kassen zulasten der Sozialleistungen.*

CK: Es ist jedenfalls eine Neuverteilung. Wenn der Staat weniger Geld hat, muss er die Ausgabenseite neu gewichten. Das führt zu einem *politischen Verteilungskampf*.

Das Wort «sparen» müsste man in der Schweiz jedoch in Anführungszeichen setzen. In aller Regel findet eine Kürzung der Wachstumsrate der Ausgaben statt. Aber auch sie führt zu einer Neugewichtung der Ausgaben. Wachsen die Bildungsausgaben um zwei statt um die erforderlichen vier oder fünf Prozent, dann bekommt das die Bildung trotzdem zu spüren.

WS: Unter dem Schlagwort «Eigenverantwortung» kann «sparen» aber auch heißen: *Den Letzten beissen die Hunde.*

CK: Die Letzten sind vor allem jene, die politisch am schwächsten organisiert sind. Das sind Armutsbetroffene und wenig qualifizierte ausländische Arbeitskräfte.

Hilfswerke nehmen das Empowerment zu wenig ernst

WS: Warum gelingt es nicht, diese Menschen zu organisieren oder sie zur Selbstorganisation zu befähigen? Caritas, HEKS, Arbeiterhilfswerk, ATD Vierte Welt – das wären doch eigentlich Hilfswerke, die am nächsten bei diesen Leuten sind, jedenfalls mehr als Parteien und Gewerkschaften. Laufen sie alle neben den Schuhen?

CK: Die Betroffenen haben zunächst einmal ganz andere Sorgen. Sie müssen ihr tägliches Überleben organisieren. Sie haben auch nicht das soziale Kapital, das man braucht, um sich organisieren zu können. Auf der anderen Seite gibt es in einzelnen Kantonen Ansätze, dass Leute, die von der Sozialhilfe leben, sich organisieren. So gab es bei den Wahlen für das Kantonsparlament von Basel-Stadt die *Liste 13*. Sie hat zwar keinen Sitz gewonnen, aber dieser Gruppe doch zu einem neuen Selbstbewusstsein verholfen. Während sie von den lokalen Medien praktisch totgeschwiegen wurden, erhielten sie bei den überregionalen Medien bis hin zum «Zischtigclub» eine starke Beachtung. Eine andere Initiative

ist das *Strassenmagazin SURPRISE*, in dem die Erwerbslosen ihre Anliegen eins zu eins zum Ausdruck bringen können.

Aber es trifft zu, dass unsere Hilfswerke einen Aspekt zu wenig ernst nehmen, den wir in der Entwicklungszusammenarbeit ganz hoch werten: das Empowerment. Das aber heisst, dass wir in der Schweiz noch zu *klientelistisch* arbeiten. Die Förderung der Selbstorganisation müsste stärker betont werden.

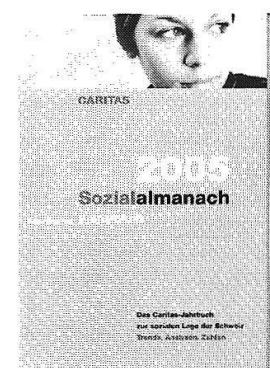
Erwerbsarmut braucht neue Sozialversicherung

WS: Der Sozialalmanach stellt fest, dass 1,2 Millionen Menschen in der Schweiz auf Arbeitslosengeld, Invalidenrente oder Sozialhilfe angewiesen sind. Werden die Bezugstage bei der Arbeitslosenversicherung gekürzt oder die Schwellen für die Invalidenrente erhöht, dann verlagert sich die Existenzsicherung immer mehr auf die Sozialhilfe. Ist diese angesichts von 300 000 Sozialhilfebezieger/innen nicht hoffnungslos überfordert?

CK: Überfordert ist sie sicher, ob auch «hoffnungslos», weiss ich nicht.

Aber die Sozialhilfe ist auf jeden Fall mit einer *neuen Rolle* konfrontiert. Sie muss sich nicht mehr nur vorübergehend der individuellen Armut annehmen, sondern sie muss *strukturelle Armut auf Dauer* bewältigen. Sie verhält sich auch nicht mehr subsidiär zu den Sozialversicherungen, sondern komplementär. Die *working poor* sind das Beispiel einer strukturellen Armut. Folglich bedeutet Erwerbsarmut ein neues Risiko, für das die Sozialhilfe nie gedacht war, das folglich die Frage nach einer neuen Sozialversicherung aufwirft. Nebst Alter, Arbeitslosigkeit und Invalidität müsste auch Erwerbsarmut zu den obligatorisch versicherten Risiken gehören.

WS: Könnte nicht auch das Garantierte Mindesteinkommen (GME) die *working poor* aus ihrer Armut befreien?



Caritas Schweiz
(Hg.): *Sozialalmanach 2005. Schwerpunkt: Einsamkeit.*
Caritas-Verlag,
Luzern 2004, 224 Seiten, Fr. 34.00

CK: Theoretisch, ja. Aber ich neige zu grösster Vorsicht. Die Frage ist, von welchem Modell wir ausgehen. Wenn wir das GME als *Bürgergeld* ausgestalten würden, das allen zukäme, ohne damit irgendwelche Bedingungen zu verbinden, dann könnte man darüber diskutieren. Aber wenn es nur den Armutsbetroffenen zukommen soll und dann erst noch mit Bedingungen und Auflagen verbunden wird, dann sind wir dort, wo wir schon heute mit der Sozialhilfe stehen.

Wenn ich dagegen vom heutigen Versicherungssystem aus denke und dieses evolutionär weiter entwickeln will, dann komme ich eher zur Erweiterung der *Ergänzungsleistungen*, z.B. auf bedürftige Familien.

WS: Die kantonalzürcherische Volksinitiative «Chancen für Kinder» folgt genau dieser Idee.

CK: Sie wird ja auch nicht unwesentlich von der Caritas Zürich mitgetragen.

Skos-Richtlinien sind ein Kompromiss auf Messers Schneide

WS: Du hast vom Druck der bürgerlichen Sparübungen auf die Sozialpolitik gesprochen. Du vertrittst die Caritas in der Geschäftsleitung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS). Wie erlebst Du diesen Druck?

CK: Ich vertrete nicht nur die Caritas, sondern alle privaten Hilfswerke, die im Sozialbereich tätig und Mitglieder der SKOS sind. Den Druck erlebe ich sehr stark. Er kommt am stärksten von den Kantonen und Städten, die von diesem Anstieg der Fallzahlen besonders betroffen sind.

WS: Und die sind auch wieder in der SKOS vertreten.

CK: Ja, vor allem im Vorstand. Die Geschäftsleitung wäre von sich aus nicht auf die Idee gekommen, die Richtlinien für die Sozialhilfe zu revidieren. Das Resultat ist jetzt ein Kompromiss auf Messers Schneide. Im Sommer des letz-

ten Jahres war die Gefahr gross, dass es gar keine Richtlinien mehr geben würde.

WS: Die «SKOS-Richtlinien» definieren das «soziale Existenzminimum». Aber wird die Skos nicht unglaublich, wenn sie dieses Minimum nach unten korrigiert?

CK: Wenn wir die neuen SKOS-Richtlinien mit den alten vergleichen, liegt ein *Systemwechsel* vor. Die alten Richtlinien haben die Existenzsicherung betont und darüber hinaus Vorschläge für Integrationsangebote gemacht. Die neuen Richtlinien fahren die Existenzsicherung für die Einzelperson im Grundbedarf um 100 Franken zurück, betonen dafür aber viel stärker die *soziale und berufliche Integration*. Personen, die nicht arbeiten können oder die Kinder erziehen, erhalten dafür eine minimale Integrationszulage von 100 Franken. Für diese Personen kommen die neuen Richtlinien auf dasselbe heraus wie die alten. Da diese 100 Franken aber nicht der Äquivalenzskala unterstellt sind, also nicht auch den Kindern zukommen, kann eine mehrköpfige Familie unter den neuen Richtlinien schlechter gestellt sein als unter den alten. Dann gibt es als weitere Massnahme eine Integrationszulage für Erwerbslose. Sie beläuft sich auf 100 bis 300 Franken und gilt als Anreiz für Integrationswillige, die bei Integrationsmassnahmen mitmachen. Das können aber wiederum nur Personen im erwerbsfähigen Alter sein. Dann wurde noch ein Einkommensfreibetrag von 400 bis 700 Franken für die *working poor* geschaffen.

Wenn ein Kanton diese Neuerungen integral umsetzt und womöglich noch ans obere Limit geht, dann wird ein Haushalt in der Regel gleich gut, wenn nicht sogar besser fahren. Das ist die Theorie, die Praxis wird wahrscheinlich anders aussehen. Ich befürchte, dass viele Kantone die minimale Integrationszulage von 100 Franken nicht ausbezahlen

und bei den übrigen Beträgen eher am unteren Limit bleiben werden. Es gibt ja auch Kantone, die überhaupt keine Integrationsangebote machen, sodass die Integrationswilligen leer ausgehen.

Alles in allem kann ich als Hilfswerkvertreter die Revision nicht einfach ablehnen. Sie bringt vor allem für die *working poor* mit dem Einkommensfreibetrag tendenziell eine *Besserstellung*, denn früher wurde das verdiente Geld mehr oder weniger mit der Sozialhilfe verrechnet. Es geht nun darum, dass diese neuen SKOS-Richtlinien in den *Sozialhilfegesetzen* integral umgesetzt werden. Das ist eine Aufgabe für die Linke in den Kantonen.

Die Zusammenarbeit mit dem katholischen Milieu ist schlecht

WS: Wenn auf der einen Seite Sozialabbau betrieben wird und auf der anderen Seite den Reichen Steuergeschenke gemacht werden, dann frage ich mich: Warum gibt es keinen Aufschrei, weder von der Caritas noch von den Kirchen?

CK: Wir sind uns vielleicht das Schreien nicht mehr gewohnt. Es ist ja nicht so, dass wir nichts unternehmen. Wir sind aber eher im Vorfeld der Entscheidungen aktiv, und wenn es dann zu Abstimmungen in den Parlamenten oder im Volk kommt, halten wir uns vielleicht zu sehr bedeckt. Caritas empfindet sich jedenfalls nicht als Kampagnen-Organisation.

WS: Immerhin gibt es die bereits erwähnte Volksinitiative «Chancen für Kinder», wo die Caritas massgebend dabei ist. Im Zürcher Kantonsrat hat sie vor Jahren alle Parlamentsmitglieder angeschrieben, als die SVP die SKOS-Richtlinien für den Kanton ausser Kraft setzen wollte. Was ich vermisste, ist der prophetische Protest, der mit allem Ernst an das Gewissen der Leute appelliert, wenn die Kluft zwischen Arm und Reich durch die staatliche Sozial- und Steuerpolitik noch vertieft wird.

CK: Diese Kritik ist nicht unberechtigt. Es ist noch schwierig zu sagen, warum da nicht mehr gemacht wird. Wir sollten die Rolle des *sozialen Gewissens* in der Schweiz noch stärker spielen.

WS: Es gibt auch das Wort der Kirchen, das auf seine Umsetzung wartet. Da könnte doch auch auf der Kanzel etwas gesagt werden.

CK: Die Zusammenarbeit mit dem katholischen Milieu ist schlecht. Es gibt zwar Kontakte, aber das Potential wird nicht ausgeschöpft. Wir suchen im Moment die Zusammenarbeit im Rahmen der *Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft*



für Sozialpolitik. Hier haben sich die fünf grossen Hilfswerke der Schweiz zusammengeschlossen: neben der Caritas das HEKS, das Schweizerische Rote Kreuz, Pro Juventute und Pro Senectute. Ähnlich wie im entwicklungs politischen oder im flüchtlingspolitischen Bereich versuchen wir, über einen Dachverband einen stärkeren sozialpolitischen Einfluss zu gewinnen.

Die AHV ist resistenter als der «Teufel an der Wand»

WS: Aufhorchen lässt Dein Beitrag im Sozialalmanach mit der Vermutung, dass die Debatte um die Zukunft der AHV von

«Radikale Positionen öffnen den Raum zum Diskurs»
(Bilder: Willy Spieler).

den heutigen sozialen Ungerechtigkeiten ablenken soll.

CK: Mit schon fast hysterischen Worten wird von bürgerlicher Seite der Teufel an die Wand gemalt, dass die AHV nicht mehr finanziert sei, und das angeblich schon in drei Jahren. Dabei zeigt sich die AHV im Rückblick viel resistenter als diese Prophezeiungen. Die Leute sollen verunsichert und weichgeklopft werden, damit sie sich einem *Sozialabbau auf Vorrat* fügen. Das ist im übrigen nicht nur meine Vermutung, ähnlich äussert sich auch der Vorsteher des Bundesamtes für Sozialversicherungen.

WS: *Im heutigen Tages-Anzeiger (5.1.05) schreibt z.B. der Direktor von «Avenir Suisse»: «Entweder wird das Rentenalter erhöht oder die Renten sinken soweit ab, dass man etwas dazu verdienen muss.» Die Angstkampagne stützt sich auf die demographische Entwicklung, die scheinbar plausibel als wachsende Belastung der erwerbstätigen Generation dargestellt wird.*

CK: Für die AHV nach wie vor entscheidend ist die *Lohnsumme*. Die AHV wird zu Dreivierteln über die Löhne finanziert. Selbst in den Jahren von 1990 bis 2000, der Zeitspanne mit der grössten Wirtschaftskrise der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg, mit hoher Arbeitslosigkeit und einem Wirtschaftswachstum bei Null, ist die Lohnsumme nicht ein einziges Mal zurückgegangen, über die zehn Jahre gerechnet sogar gestiegen. In diesen zehn Jahren sind die Reichen nicht nur reicher geworden, da sie über ihren ganzen Lohn zur AHV beitragen, ist trotz Arbeitslosigkeit auch die Lohnsumme gewachsen. Der Fokus auf die *demographische Entwicklung* ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Viel entscheidender ist die wirtschaftliche Entwicklung, die Entwicklung der Produktivität und der Löhne.

Die *eigentlichen Probleme*, an denen wir arbeiten müssen, sind Arbeitslosigkeit, Invalidisierung und steigende Zah-

len bei den Sozialhilfebezüger/innen. Wir können es uns auf Dauer gar nicht leisten, so viele Leute ausserhalb des Arbeitsmarktes zu haben. Also müssen wir uns mit den Funktionsweisen des Arbeitsmarktes auseinandersetzen.

WS: *Wie siehst Du die Finanzierung der AHV in der absehbaren Zukunft?*

CK: Das Gewicht der Lohnsumme nimmt tendenziell ab, indem man zur Finanzierung die *Mehrwertsteuer* einsetzt. Das ist auch eine Folge der Globalisierung und des Standortwettbewerbs. Man geht davon aus, dass eine Erhöhung der Lohnprozente der Wettbewerbsfähigkeit schaden könnte. Wir diskutieren leider zu wenig die möglichen Alternativen. Ich bin über die Mehrwertsteuer auch nicht glücklich, sinnvoller wären eine *nationale Erbschaftssteuer* oder eine *Energiesteuer*.

WS: *Aber wenn wir der EU beitreten würden, müssten wir bei der Mehrwertsteuer gar einen Mindestsatz von 15 Prozent einführen.*

CK: Da kann ich nur warnen. Damit verbunden wäre automatisch eine Senkung der Einkommenssteuern.

WS: *Unter den gegebenen politischen Verhältnissen...*

CK: ... würden wir den bürgerlichen Kreisen ins offene Messer laufen. Die progressive Einkommenssteuer ist ihnen als soziale Steuer schon lange ein Dorn im Auge.

Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Staatsquote und Wirtschaftswachstum

WS: *Bürgerliche Sparideologie fokussiert sich auf die Staatsquote. Du kannst den Nachweis erbringen, dass nicht die Höhe der Staatsquote entscheidend ist, sondern das, was der Staat mit «seinem» Geld macht.*

CK: Was heisst eigentlich *Staatsquote*? Sie zeigt die Höhe der Steuern und der

obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt. Wenn wir wie in den 90er Jahren eine Krisenzeiten haben, in der das BIP konstant ist, während die Arbeitslosenzahlen steigen, dann müssen die Ausgaben für die Sozialversicherung, dann muss auch die Staatsquote steigen. Das wird sich wieder ändern.

WS: Eigentlich heisst das nur, dass der Sozialstaat auch in Krisenzeiten funktioniert.

CK: Richtig. Zum andern hat die OECD den Zusammenhang zwischen Staatsquote und Wirtschaftswachstum untersucht, ihn aber nicht gefunden. Die etwa von der NZZ behauptete Kausalität zwischen niedriger Staatsquote und hohem Wirtschaftswachstum gibt es nicht. Die Frage ist, was wir mit unseren Steuerausgaben machen. Brauchen wir sie für den Konsum, wozu auch die Militärausgaben gehören, oder brauchen wir sie für Investitionen? Länder mit hoher Staatsquote und gleichzeitig hohem Wirtschaftswachstum geben vor allem viel Geld aus im Bildungsbereich, in Forschung und Entwicklung. Hier aber hinkt die Schweiz quantitativ und qualitativ hintennach. Wenn wir nur über die Höhe der Staatsquote reden, führen wir die falsche Debatte.

WS: Neu in dieser Klarheit ist für mich Deine positive Bewertung von Staatschulden, da die Staatsobligationen den Pensionskassen gute und nichtspekulative Anlagemöglichkeiten bieten.

CK: Wir sind bei den Pensionskassen immer noch in der Ansparphase. Aber wohin mit all diesen Geldern? Die Pensionskassen befinden sich in einer eigentlichen Anlagenot. Wie die Debatte über den Mindestzinssatz gezeigt hat, sollte das Geld auch einen minimalen Ertrag bringen und auf lange Sicht nicht an Wert verlieren. Die Pensionskassen haben nur drei Anlagemöglichkeiten: im Immobiliensektor, in Aktien oder in Obligatio-

nen. Bei den Immobilien kriegt die Anleger in den 80er Jahren ein blaues Auge, bei den Aktien haben wir die Börsenbaisse eben hinter uns. Nicht überraschend haben die *Obligationen* eine neue Bedeutung gewonnen. Die Rendite ist zwar nicht hoch, aber einigermassen sicher. Der Staat Schweiz ist zudem ein solventer Schuldner.

Wann die *Staatsverschuldung* negativ ist, können auch die Wirtschaftswissenschaftler nicht sagen. Wenn heute behauptet wird, sie sei viel zu hoch, ist sehr viel *Ideologie* mit im Spiel. Entscheidend ist auch bei den Staatsschulden, was mit diesen Krediten gemacht wird. Je nachdem refinanzieren sich die Schulden von selbst.

Toleranz und Ökologie fördern die Wirtschaft

WS: Du bist nicht nur ein kreativer Denker, Du sprichst auch einer «kreativen Ökonomie» das Wort, zu der ebenfalls die Toleranz gehört. Was ist unter dieser «kreativen Ökonomie» zu verstehen?

CK: Die Frage ist, wohin sich die westlichen Länder im Standortwettbewerb der Globalisierung entwickeln. Sie sind längst keine Agrarstaaten, aber auch keine Industriestaaten mehr. Für den Standort Schweiz könnte das heissen, dass die *Wertschöpfung über neue Ideen*, neues Wissen, neue Technologien erfolgt. Das kann man auf verschiedene Weise fördern: 1. durch die Forschungs- und Entwicklungspolitik, 2. durch eine breitenwirksame Bildungspolitik (im Gegensatz zu einer reinen Elitenförderung) und 3. durch die Offenheit für Neues. Diese *Offenheit* hat mit Toleranz zu tun, damit dass uns Migrantinnen und Migranten willkommen sind, weil sie neue Ideen, andere Erfahrungen mitbringen. Auch die Genderfrage gehört als Indikator für Toleranz dazu oder die Art und Weise, wie man mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften umgeht. Bezogen auf die Schweiz ist die SVP daher nur schon mangels Toleranz keine Wirt-

schaftspartei. Die Negativhaltung gegenüber Ausländerinnen und Ausländern ist schlicht wirtschaftsschädigend.

WS: Zu dieser «kreativen Ökonomie» gehört auch der sorgsame Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen. Ökologische Nachhaltigkeit kommt aber auch in Deinem Text nur am Rande vor. Immerhin sagst Du, der Wachstumsfaktor «Kreativität» brauche soziale und ökologische Rahmenbedingungen, um in «nachhaltige Bahnen» gelenkt zu werden.

CK: In den Ausgaben 99 und 04 des Sozialalmanachs haben wir uns sehr wohl mit dieser Frage auseinandergesetzt. Aber im Moment besteht tatsächlich eine *Systemabhängigkeit*. Ohne Wirtschaftswachstum funktioniert unsere ganze Altersvorsorge nicht. Um aus dieser Abhängigkeit herauszukommen, müssten wir wieder über die Qualität dieses Wachstums nachdenken. Als Ökonom habe ich Mühe mit Nullwachstumsvorstellungen, was wir dagegen brauchen, sind soziale und ökologische Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Man sagt vorschnell, dass solche Auflagen den Untergang dieser oder jener Firma bedeuten würden, und ist nicht bereit, längere Investitionsphasen durchzuhalten. Dass damit auch neue ökonomische Chancen geschaffen würden, wird nicht gesehen. So wie die politischen Kräfteverhältnisse sind, lässt sich das Bestehende einfacher verteidigen als das Neue, das noch nicht greifbar ist. Auch die Wirtschaft kann nicht genug Innovation propagieren, aber verwahrt sich dann doch wieder gegen Rahmenbedingungen, die Innovation ermöglichen könnten.

WS: Vollbeschäftigung in der Schweiz würde in den nächsten drei Jahren drei Prozent Wachstum bedingen. Ist es nicht eine Illusion zu meinen, dieses könnte in «nachhaltige Bahnen» gelenkt werden?
CK: Ich sehe nicht, wie die Schweiz in

absehbarer Zeit überhaupt drei Jahre hintereinander drei Prozent Wachstum generieren könnte. Die Nachhaltigkeit akzentuiert die Problematik noch zusätzlich. Was würde denn *Vollbeschäftigung* heissen? Es sind nicht nur die offiziell gemeldeten Arbeitslosen, die auf eine Stelle warten, sondern auch die ausgesteuerten Stellensuchenden, Leute, die Sozialhilfe beziehen, Leute, die invalidisiert wurden, unfreiwillig Frühpensionierte, unfreiwillig Teilzeitarbeitende. Ich weiss nicht, wie lange es für die Gewerkschaften noch sinnvoll ist, an der Forderung nach Vollbeschäftigung festzuhalten.

WS: Aber es geht auch Dir darum, Erwerbslose wieder in Arbeit zu bringen.

CK: Das ist unser Grundproblem. Vor allem für Leute, die wenig qualifiziert sind, sollten sinnvolle, menschenwürdige Arbeitsbedingungen geschaffen werden, im ersten oder dann im zweiten Arbeitsmarkt.

WS: Und erst noch ökologisch sinnvolle.

CK: Das fasziniert mich ja auch am Ansatz der «kreativen Ökonomie». Weil sie von Qualität und nicht von Quantität ausgeht, birgt sie auch ökologische Chancen. Aber diese müssen gesteuert werden. Kreativ kann sonst auch der Bau von Bomben sein.

Radikale Positionen öffnen den Raum zum Diskurs

WS: Caritas Schweiz ist ein veritabler Think-Tank geworden. Mit ähnlicher Stossrichtung arbeiten auch sozial-ethische Institute oder die Nationalkommission *Justitia et Pax*. Gibt es da Synergien?

CK: Sie sind an einem kleinen Ort. Es gibt Austausch, ich sitze selber in der Nationalkommission *Justitia et Pax*. Caritas wird sich in der Grundlagenarbeit weiterhin auf ein oder zwei Kernthemen konzentrieren. Das gleiche sollten die andern machen. Wir sind jetzt an

der *Working-poor-Problematik* dran. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Sozialpolitik hat die Gesundheitsversorgung in den Fokus genommen. So ergeben sich Ergänzungen statt Überlappungen oder gar Doppelspurigkeiten, wie wir sie in der Vergangenheit schon wiederholt hatten. Aber es braucht den Mut zur Konzentration statt den Willen, zu allem und jedem mitzureden. Die Breite der Themen führt zur Beliebigkeit und nicht zur politischen Relevanz. Da können wir vom politischen Gegner lernen.

WS: Meinst Du den neoliberalen Think-Tank «Avenir Suisse»?

CK: Nein, das wäre ein schlechtes Beispiel, «Avenir Suisse» hat eben auch kein Profil. Die meinen, sie könnten zu allem etwas sagen, zur zweiten Säule, zur Bildungspolitik usw. Ich habe mehr an die SVP gedacht, die sich auf die Ausländerfrage beschränkt, wo ihr ja leider auch «Kompetenz» zugeschrieben wird.

WS: Das eine ist die Bündelung der Kräfte auf der Ebene des Denkens, das andere die Bündelung der Kräfte bei der politischen Umsetzung.

CK: Das Problem liegt darin, dass *Armutspolitik* in der Schweiz keine nationale, sondern eine *kantonale Politik* ist. Wir sind daran, unsere Öffentlichkeitsarbeit stärker auf die Kantone zu konzentrieren. Auf nationaler Ebene müssen wir über das katholische Milieu hinaus. Ich plädiere für eine offensive Politik der *Allianzenbildung*. In der Entwicklungspolitik bin ich froh, dass es eine Erklärung von Bern gibt. Sie kann Dinge in einer Offenheit ansprechen, wie wir das als Caritas so nicht können und wollen. Im ökologischen Bereich kann Greenpeace anders auftreten als der WWF. Das ist Rollenteilung im Konzert, wie wir sie auch in der Sozialpolitik neu lernen sollten. ATD Vierte Welt, die Basler Liste 13 oder die IG Sozialhilfe kommen mitunter mit schrillen Tönen daher, aber radikale Positionen öffnen erst den Raum zum Diskurs, in den dann eine Caritas einsteigen kann. ●

Es kommt darauf an, die politischen und ökonomischen Spielregeln so umzugestalten, dass sich das Hetzen von Mensch und Natur nicht mehr rentiert. Als Erstes bräuchten wir eine umfassende Bilanz der Schäden der Beschleunigung. Als Zweites neue Anreizsysteme: Wer sich, andere und die Natur beim Lernen, Arbeiten und Konsumieren hetzt, der müsste eine Hetzabgabe oder -steuer zahlen. Gemäss dem Verursacherprinzip, denn der Hetzer verursacht gesellschaftliche Kosten. Auf der anderen Seite wäre eine Prämie für Leute, die aus der Erwerbsarbeit aussteigen, eine Art Prämie für Faulheit, ein grosser Fortschritt in Richtung Entschleunigung.

Fritz Reheis, Autor des Buches «Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus», in: Publik-Forum, Nr. 24/04, S. 20